Vorblatt und Erläuterungen

Allgemeiner und Besonderer Teil

1. Anlass und Zweck der Neuregelung:

Gemäß § 4 Abs. 3 des Steiermärkischen Tourismusgesetzes 1992, LGBl. Nr. 55/1992, in der Fassung LGBl. Nr. 57/2014, sollen Tourismusgemeinden, die ein gemeinsames oder gleichartiges Tourismusangebot haben und die als Region eine Einheit bilden, sich zu einem gemeinsamen Tourismusverband zusammenschließen. Über Antrag der betroffenen Tourismusgemeinden ist ein derartiger Verband durch die Landesregierung zu verordnen. Zugleich ist zu bestimmen, in welcher dieser Gemeinden der Tourismusverband seinen Sitz hat und wie seine Bezeichnung lautet.

Gemäß § 4 Abs. 2 des Steiermärkischen Tourismusgesetzes 1992, ist ein Tourismusverband eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und besitzt Rechtspersönlichkeit. Der Tourismusverband führt die Bezeichnung „Tourismusverband“ unter Anfügung des Namens der Tourismusgemeinde, für die er errichtet ist. In dieser Gemeinde hat der Tourismusverband seinen Sitz. Der Tourismusverband ist berechtigt, im Geschäftsverkehr einen werbewirksamen Namen bzw. ein Emblem zu verwenden.

Der **Tourismusverband „Tourismus am Spielberg“** mit den Gemeinden Flatschach, Gaal, Großlobming, Kleinlobming, Seckau, Spielberg, St. Marein bei Knittelfeld und Zeltweg hat mit Eingabe vom 14. Juli 2014 einen Antrag betreffend Erweiterung um die Gemeinden Feistritz bei Knittelfeld und Kobenz eingebracht. Die erforderlichen Beschlüsse wurden einstimmig gefasst.

2. Inhalt:

Die Gemeinden Flatschach, Gaal, Großlobming, Kleinlobming, Seckau, Spielberg, St. Marein bei Knittelfeld und Zeltweg wurden mit 04. April 2014 zu einem gemeinsamen Tourismusverband mit dem Namen **„Tourismus am Spielberg“** verordnet, welcher mit 04. April 2014, in Kraft gesetzt wurde.

In der Kommissionssitzung vom 01. Juli 2014 wurde einstimmig die Aufnahme der Gemeinden Feistritz bei Knittelfeld und Kobenz in den Tourismusverband „Tourismus am Spielberg“ beschlossen.

3. Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Keine.

4. Verhältnis zu Rechtsvorschriften der Europäischen Union:

Die vorgesehenen Regelungen fallen nicht in den Anwendungsbereich des Rechts der Europäischen Union.

5. Kostenfolgen der beabsichtigten Regelung:

Durch die vorliegende Verordnung entstehen weder dem Land noch den Gemeinden zusätzliche Kosten.